

Beschluss: Inflation ver.di Jugend Bundesjugendvorstand

16.10.2022 Naumburg

Wer heute im ver.di Jugend Alter ist, also unter 27 Jahre alt, hat bereits zwei Phasen der wirtschaftlichen Rezession erlebt – die Weltfinanzkrise ab 2007 und die Corona-Pandemie ab 2020. Beide sind einschneidende Erfahrungen, in denen wir erlebt haben, dass diese Krisen immer den Druck auf Arbeitnehmer*innen und Gewerkschaften erhöhen und zum Teil eine Verschlechterung der Situation von Studierenden und Auszubildenden nach sich ziehen. Und nun stehen wir vor der nächsten Rezession.

Als ver.di Bundesjugendvorstand haben wir uns intensiv mit der aktuellen Situation der akut steigenden Inflationsrate auseinandergesetzt. Dabei sind wir Mythen wie dem von der Lohn-Preis-Spirale auf den Grund gegangen und haben die bisherigen Bemühungen der Bundesregierung um Entlastungen kritisch diskutiert. Daran anschließend ergeben sich aus unserer Sicht kurzfristige und langfristige Forderungen sowohl an unsere eigene Gewerkschaftsarbeit als auch an die Bundesregierung.

Im Herbst 2022 erleben wir eine massive Steigerung der Verbraucherpreise; die prognostizierte Inflationsrate wird voraussichtlich 8 % übersteigen. Ausschlaggebend für diesen Anstieg der Inflation ist vor allem der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine und die daraus resultierende Verteuerung von Erdgaslieferungen. Es zeigt sich, dass die deutsche Abhängigkeit von russischen Gaslieferungen und die jahrelange Verschleppung eines Umbaus des Energiesektors hin zu erneuerbaren Energieträgern sowohl alle Bereiche der Wirtschaft – Industrie, Baugewerbe, Land- und Forstwirtschaft, aber eben auch die Dienstleistungsbereiche – sowie die einzelnen Verbraucher*innen stark belasten. Es ist dabei gerade der steigende Gaspreis, der Strom und damit auch Produktion und Endhandelspreise von Konsumgütern verteuert. Gleichzeitig sehen wir in der aktuellen Situation, dass der Krieg gegen die Ukraine an globalen Handelsplätzen dazu genutzt wird, darauf zu spekulieren, dass es bei einzelnen Gütern zu einem Mangel kommt, der zur Vermehrung von Kapital genutzt werden kann.

Doch die Inflation trifft nicht alle gleich. Denn es sind vor allem die Preise für Haushaltsenergie (+35,7 % Stand August 2022) und Nahrungsmittel (+14 % Stand August 2022) – also Güter, auf die wir alle angewiesen sind –, die besonders starke Teuerungsraten aufweisen. Kleine und mittlere Einkommen werden im Gegensatz zu hohen und Spitzeneinkommen überproportional stark von der Inflation getroffen. Ihre persönlichen Inflationsraten übersteigen die mittlere Inflationsrate von 7,9 % (Stand August 2022) teilweise um ein Vielfaches, da sie einen besonders hohen Anteil ihres Einkommens insbesondere für Güter der Grundversorgung ausgeben müssen. (Dual-) Studierende und Auszubildende fallen hier genau in die unterste Einkommensgruppe, haben sie doch durchschnittlich nur etwas mehr als 900 Euro im Monat zur Verfügung. [1] [2]

Um die Auswirkungen für die Bevölkerung bewältigbar zu halten, hat die Bundesregierung bisher drei Entlastungspakete auf den Weg geschickt. Hierbei wurden einige unserer ver.di-Forderungen umgesetzt. Jedoch wurden immer wieder Gruppen vergessen. So wurden Studierende nur im ersten und dritten

Entlastungspaket berücksichtigt. Gerade die, die am wenigsten haben – Auszubildende, Beschäftigte mit geringen Einkommen und Studierende –, haben aktuell kaum Perspektiven ihr Leben weiterhin finanzieren zu können. Und auch Menschen, die bisher nicht von Armut betroffen sind oder an der Grenze dazu stehen, haben immer größere Probleme ihre Rechnungen zu bezahlen.

Die steigenden Energiepreise werden sich durch steigende Abschläge und auch mögliche hohe Nachzahlungen voraussichtlich erst ab dem kommenden Frühjahr in vollem Umfang bemerkbar machen. Die geringen Puffer aus den Entlastungspaketen 1 und 2 werden dann wegen der steigenden Lebenshaltungskosten bereits aufgebraucht sein.

Für das Entlastungspaket 3 hat ver.di einen Energiepreisdeckel für Strom und Gas gefordert, der die Grundversorgung zu einem fairen Preis sicherstellt. Die Forderung von ver.di nach einer Strompreisbremse für den Grundverbrauch von Haushalten findet sich im Paket wieder. Offen ist, bis zu welcher Höhe und zu welchem Preis diese umgesetzt werden soll.

Auch weitere ver.di-Forderungen hat die Bundesregierung aufgegriffen. Die Energiepreis-Pauschale für Studierende war überfällig. Die Erhöhung des Wohngeldes ist ein richtiger Schritt. Es ist aber nicht die Lösung des Problems, einfach nur mehr Menschen zu Wohngeldberechtigten zu machen. Hierbei ist zusätzlich zu beachten, dass Wohngeld eine Subventionierung von Vermietern ist und die zu hohen Mieten damit nicht korrigiert werden. Ein Mietpreisdeckel und die Vergesellschaftung von Immobilienkonzernen muss hier die Antwort sein.

Wenn Arbeitgeber*innen auf Grundlage der jetzt vorgesehenen steuer- und abgabenfreien Energiekostenzuschüsse bis zu 3.000 Euro zahlen, dann ist dies angesichts der akuten Kostenbelastungen angemessen. Das ändert allerdings nichts daran, dass in den stattfindenden und bevorstehenden Tarifrunden mit tabellenwirksamen Tariflohnsteigerungen auf die hohe Inflation geantwortet werden muss. Wir haben es absehbar mit dauerhaft steigenden Preisen zu tun; diese erfordern nachhaltig wirkende Entgelterhöhungen.

Forderungen

Der Abschluss guter Tarifverträge ist Kernaufgabe von Gewerkschaften, eine Erhöhung des Entgelts in den meisten Tarifrunden eine Forderung. In Zeiten hoher Inflation sind gute Tarifabschlüsse in allen Branchen nicht nur wichtig, um den Lebensstandard der Beschäftigten zu sichern oder zu verbessern – sie sind essentiell! Dies gilt insbesondere für niedrige Einkommensgruppen.

Steigende Löhne und Gehälter sind das Mittel gegen die Auswirkungen der Inflation, nicht ihr Ursprung!

Mehr denn je ist folglich die flächendeckende gewerkschaftliche Organisation der Beschäftigten nötig. Dass die Mitgliedschaft in Gewerkschaften und die Organisation des eigenen Betriebes Möglichkeiten aller Arbeitnehmer*innen sind, etwas Praktisches gegen die Auswirkungen der Inflation zu unternehmen, muss an die

Öffentlichkeit getragen und dem Narrativ der Lohn-Preis-Spirale entgegengesetzt werden. Inflation, ausgehend von steigenden Rohstoffpreisen und Übergewinnen von Konzernen und einer Profit-Preis-Spirale, haben die Beschäftigten nicht zu verantworten. Ziel unseres tarifpolitischen Handelns muss also folglich sein, Abschlüsse zu erreichen, die die reale Inflation der Mitglieder mindestens ausgleichen (vergleiche offizieller Inflationswert als Durchschnitt aller Einkommensgruppen, besondere Belastung für geringere Einkommen).

Wie erfolgreich gewerkschaftliche Organisation und tarifpolitisches Handeln sein kann, haben zuletzt die Kolleg*innen an den Seehäfen gezeigt: Der Tarifabschluss sieht nicht nur deutliche Entgeltsteigerungen vor, sondern sichert die Beschäftigten auch gegen Preissteigerungen von bis zu 5,5 % ab. Bei einer Überschreitung dieses Wertes sieht der Vertrag eine Verhandlungsverpflichtung, inklusive eines Sonderkündigungsrechtes vor. [3]

Gleichzeitig muss es aber zu einer breiten Diskussion unter den Beteiligten an Tarifaueinandersetzungen, aber auch unseren Mitgliedern in der ver.di Jugend kommen, welche Instrumente noch zur Verhütung von Reallohnverlusten in einer Inflationslage möglich sind.

International versuchen Gewerkschaften gerade auf vielfältigste Weise die ökonomischen Belastungen für ihre Mitglieder abzufedern. Diese Beispiele müssen auch mit einem kritischen Blick auf die Besonderheiten des gewerkschaftlichen Systems in Deutschland betrachtet werden. Gewerkschaftliche Bildungsarbeit ist dabei ein wichtiges Instrument: Wenn unsere Mitglieder informierter in die Auseinandersetzung mit den Arbeitgebern gehen, dann stärkt uns das für die betrieblichen und tariflichen Auseinandersetzungen. Dadurch kommen wir zu guten Tarifverträgen, die breit in den Belegschaften getragen werden.

Um weitergehende Entlastungen für die oben aufgeführte Problematik zu erreichen, fordern wir die Bundesregierung auf, Folgendes dringend umzusetzen:

- Zusätzlich zum bereits geplanten Energiepreisdeckel muss ein Gaspreisdeckel eingeführt werden, da die rapide gestiegenen Gaspreise einer der wesentlichen Treiber der Inflation sind.
- Die bereits geplanten und teils umgesetzten Entlastungen reichen nicht aus. Aus diesem Grund fordern wir eine Ausweitung der Soforthilfen in Form einer weiteren Pauschale in Höhe von 500 Euro für niedrige bis mittlere Einkommen, Auszubildende und Studierende.
- Um den anhaltenden Preissteigerungen auch längerfristig und wirksam entgegenzuwirken, fordern wir eine Erhöhung der Mindestausbildungsvergütung um mindestens 130 Euro und eine Ausbildungsgarantie, um die besonders vulnerable junge Generation nachhaltig vor Krisen wie dieser zu schützen.
- Zudem muss der Koalitionsvertrag umgehend umgesetzt werden und eine Kindergrundsicherung eingeführt werden, die mindestens das soziokulturelle Existenzminimum von jungen Menschen abdeckt. Sie muss aber den Übergang von Schule in Berufsausbildung mitdenken und muss daher verbunden werden mit Ausbildungsförderungen.

- Ein weiterer Inflationstreiber sind die stetig steigenden Mieten. Deshalb müssen die Mieten mittel- und langfristig gedeckelt werden. Zudem muss der Mieterschutz, gerade für besonders gefährdete Gruppen wie Auszubildende und Studierende, ausgeweitet werden, sollten diese die steigenden Energiekosten nicht tragen können. Investitionskosten in energetische Umbauten dürfen nicht auf Mieter*innen umgelegt werden.
- Um Investitionen und Maßnahmen gegen die anhaltende Preissteigerung zu ermöglichen und finanzieren, fordern wir unter anderem, dass die Politik sich vom Konzept der schwarzen Null löst. Zeitgleich ist eine umfassende Anpassung des Steuersystems vonnöten, zum Beispiel in Form einer Übergewinnsteuer für Krisengewinner und einer Vermögensteuer.
- Politisches Handeln darf nicht allein von einheitlichen Prozentzahlen wie dem Verbraucherpreisindex abhängen. Deshalb fordern wir weiterreichende Studien zu alternativen Messwerten für Inflation, damit eine Unterrepräsentanz von Menschen mit geringeren Einkommen vermieden werden kann, da diese meist von höheren Preissteigerungen bedroht sind.

Einige dieser Forderungen sollen kurzfristig Abhilfe schaffen. Sie sind richtig und wichtig. Dennoch muss das Hauptaugenmerk der Politik auf langfristigen und anhaltenden Entlastungen liegen. Wir als Gewerkschaft bringen Entlastungen durch höhere Entgelte, und daran arbeiten wir jeden Tag. Die Politik ist daher nun gefordert, weitere Energiekrisen grundlegend durch den Ausbau erneuerbarer Energien und die Demokratisierung von Energiekonzernen zu verhindern. Nur somit können wir solche Krisen gut überstehen.

Quellen

[1] [Deutsches Studentenwerk: Entwicklung der Einnahmen von Studierenden. Eine Re-Analyse der 19., 20. und 21. Sozialerhebung. September 2021.](#)

[2] [Bundesinstitut für Berufsbildung: Tarifliche Ausbildungsvergütungen 2020. Schwächerer Anstieg im Vergleich zu den Vorjahren.](#)

[3] [ver.di: Tarifergebnis mit Inflationsklausel. Seehäfen: Kräftige Lohnsteigerungen und Inflationsausgleich.](#)